

In dieser Ausgabe lernen Sie Saleh Eid kennen. Sein Wunsch: Mehr für Integration tun - und nicht nur denen etwas abverlangen, die nach Deutschland von anderswoher gekommen sind. Da ist noch viel zu tun, auch für jeden von uns! Seite 2

Russlanddeutsche und Aussiedler bereichern unser Leben. Zehntausende leben in Marzahn-Hellersdorf. Was aus ergeizigen Plänen geworden ist und was Marzahn-Hellersdorfer Bürger kennenlernen können, lesen Sie auf den Seiten 3 und 4

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 20. - mit den Themen: Streik an der ASH / P wie Protektionismus / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps sowie der Bitte nach Meinungsäußerung Seite 7

Dagmar Pohle

Wenn die Stadt funktionieren soll ...

Als im April 2009 die Bezirke ihre geplante Zuweisungssumme zur Aufstellung ihrer Bezirkshaushalte für 2010/2011 erhielten, war ganz schnell klar, dass ihnen mindestens 142 Millionen Euro fehlen, um wenigstens das Haushalts- und Leistungsniveau von 2008 zu halten und den gestiegenen Finanzierungsaufwand zu decken, der sich aus zu erwartenden Personalkostensteigerungen wegen Auslaufens des gegenwärtigen Tarifvertrages zum Jahresende ergibt. Das hat auch der Rat der Bürgermeister vor wenigen Wochen mit einem Beschluss einstimmig festgestellt. (Dabei sind die Bezirke bereit, das Risiko zu tragen, das sich aus zu erwartenden Einnahmerückgängen aus Grundstücksverkäufen ergeben wird.)

Der Mehrbedarf von 142 Millionen Euro ist von den Bezirken im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses und gegenüber der Senatsfinanzverwaltung mit detaillierten Zahlen belegt worden. (Die Senatsfinanzverwaltung konnte bislang keine Fehler feststellen.)

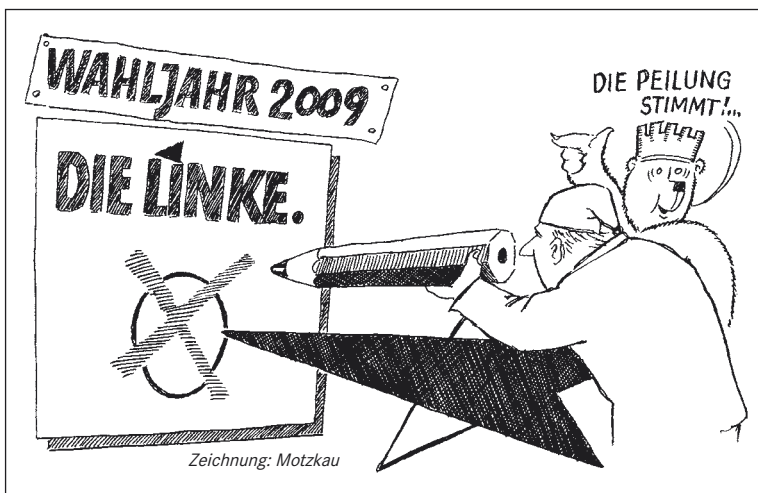
In den Bezirken ist trotzdem die Arbeit an den Bezirkshaushalten aufgenommen worden, allerdings hat die Mehrheit der Bezirke ihre ersten Beschlüsse so gefasst, dass klar ist, welche Deckungslücke sie selbst bei größter Sparsamkeit haben. Bei uns in Marzahn-Hellersdorf sind es nach zwei Haushaltsverhandlungsrunden im Bezirksamt mehr als 11 Mil-

lionen Euro, die wir auch in unserem Eckwertbeschluss ausweisen.

Natürlich gibt es Gespräche in den Parteien, zwischen den ParteienvertreterInnen auf Lan-

nahmeausfälle in Millionenhöhe, ruhig zu stellen und geht davon aus, dass zumindest die SPD-VertreterInnen aus den Bezirken dazu nicht Nein sagen werden.

Die Bezirksbürgermeisterinnen und BezirksstadträtInnen der LINKEN weisen dieses Ansinnen zurück. Unsere Forderung, den Bezirken mindestens 142 Mio. Euro mehr zu geben, ist kein sich jährlich wiederholendes Jammern, sondern diese Summe ist unabdingbar, wenn die Stadt weiter funktionieren soll. In der gemeinsamen Presseerklärung heißt es: „Sie ist kein Wunschprogramm, sondern Mindestbedarf, um gesetzliche Aufgaben zu erfüllen und soziale und kulturelle Angebote im kleinen Rahmen vorzuhalten.“



Zeichnung: Motzkau

des- und Bezirksebene, Gespräche und Verhandlungen mit der Senatsfinanzverwaltung, bisher ohne Ergebnis.

Eine regelmäßig tagende Runde der Bezirksbürgermeisterinnen und BezirksstadträtInnen der LINKEN zum Doppelhaushalt 2010/2011 musste in der letzten Maiwoche im Gespräch mit unseren Haushälterinnen im Abgeordnetenhaus zur Kenntnis nehmen, dass es in der SPD-Abgeordnetenhausfraktion offenbar Überlegungen gibt, die Bezirke mit der Hälfte der zwingend benötigten Summe abzuspeisen. Vielleicht ist das von der Annahme bestimmt, die Bezirke so im Super-Wahljahr, und mit Verweis auf die Finanzkrise und Ein-

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Saleh Eid /
Petra Pau: Renten-Unrecht verlängert

Seite 3:

Ehrgeizige Pläne der LINKEN / Geschichte

Seite 4:

Wählerinnen und Wähler 2009 direkt ansprechen / Ort der Vielfalt

Seite 5:

Kindergesundheit und Kinderschutz stärken! / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6:

Wasungen an der Werra / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: Saleh Eid

Integration heißt aufeinander zugehen

Ich bin verabredet mit Saleh Eid und seiner Frau Fata in der Hellersdorfer Janusz-Korczak-Straße. Die nüchtern wirkenden Fassaden verraten nichts über die schöne Wohnanlage mit den ruhigen, grünen Höfen. Die sechsköpfige Familie fühlt sich wohl hier. Als sie nach zehn Jahren von Neuruppin weggingen, wollten sie ganz bewusst nach Marzahn-Hellersdorf ziehen. Der Bezirk hat einen guten Ruf.

Der 44-jährige Saleh ist Mitglied der LINKEN und öfter in der Geschäftsstelle anzutreffen. Dass er aktiv im Wahlkampf hilft, ist für ihn selbstverständlich. So mancher kennt Saleh als sympathischen, äußerst hilfsbereiten Genossen. Wo er auch ist, er muss immer etwas tun, sagt er. Er kennt es nicht anders aus seiner Kindheit. Saleh ist Palästinenser aus dem Gazastreifen. Krieg war sein ständiger Begleiter. In Deutschland wurde er Mitglied der PDS. Die Wurzeln für seine politische Entwicklung sind familiärer Natur, der Vater war Kommunist. Ähnlich ist es bei seiner aus Ex-Jugoslawien stammenden Frau Fata.

Beide erzählen mir von ihren Erfahrungen als Ausländer in Deutschland, davon, wie unterschiedlich Integration gestaltet wird, dass sie mit ihren vier Kindern nur deutsch sprechen.

Fata besucht zur Zeit einen Deutschkurs, um noch besser mit den Kindern sprechen zu können. Integration heißt nach ihren Er-



Saleh Eid

Foto: Y. Rami

fahrungen, dass Deutsche und Ausländer in kleinen Schritten aufeinander zugehen. Die Angst vor dem jeweils anderen begründet sich meist auf Unwissenheit, da sind wir uns

einig. In Neuruppin haben sich die ausländischen Bürger mit aktiver Unterstützung der Ausländerbeauftragten etwas aufgebaut. Es gab einen so genannten Ausländerkreis, der organisierte nicht nur gemeinsame Feiern von Ausländern und Deutschen, sondern sammelte auch Unterschriften gegen Abschiebungen. Nicht selten erfolgreich! Unterstützung kam von der PDS, Vereinen, wie „Mittendrin“ e.V., Kirchen, von der Ausländerbeauftragten. Von ihr kam auch die Initiative für multikulturelle Begegnungen. Noch heute verbindet die beiden eine Freundschaft zu einigen Mitgliedern des Neuruppiner Kreises. Entscheidend für Integrationsprojekte sei eher die Organisation als das Geld. Mit Hilfe von Sponsoren ist vieles möglich. Für ihre Treffen bekamen sie Räume zur Verfügung gestellt.

Nach zweieinhalb Jahren in Marzahn-Hellersdorf macht sich bei Saleh und seiner Frau eine gewisse Enttäuschung breit. Sie wünschen sich mehr Initiativen von der Migrantenbeauftragten des Bezirksamtes.

Ich verweise auf den Ausschuss für Integration und Migration, dessen Sitzungen wie die anderer Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung öffentlich sind. Eine Möglichkeit, seine Erwartungen zu formulieren, Fragen zu stellen, Ideen zu entwickeln.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Renten-Unrecht verlängert

„Diese Anträge sind einfach populistisch“, befand die Rednerin der CDU. Die Grünen erbosten sich, Gregor Gysi habe gerade „die Mauer in den Köpfen wieder hochgezogen“. Und der zuständige Staatssekretär meinte, die Vorlagen der LINKEN enthielten „viel Wiederholungen“.

Was stimmt. Denn es ging immer noch um Rentenansprüche von Bürgerinnen und Bürgern aus DDR-Zeiten, die mit dem Einigungsvertrag schlicht gekappt wurden: Für Beschäftigte der Reichsbahn, für Balletttänzerinnen, für Geschiedene, für Handwerker, für Frauen und so weiter.

Für jede betroffene Berufsgruppe hatte

Monika Grütters, die Direktkandidatin der CDU in Marzahn-Hellersdorf, stimmte übrigens mit Nein. Und sie tat kund: Das von der LINKEN beklagte Renten-Unrecht sei eine Spätfolge der DDR-Willkür und mitnichten dem neuen Deutschland anzulasten. Gleichwohl habe die CDU/CSU-Fraktion alle Anträge sorgsam geprüft. Leider habe das zuständige SPD-Ministerium geschlampt und keine tragfähige Lösung vorgeschlagen. Aber versprochen: Die Ost-Deutschen CDU-Abgeordneten blieben am Ball.

Das versprach auch der vorgeschickte Regierungsvertreter. Der zuständige Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz (SPD),

Rentenüberleitung Ost: Lebensleistung anerkennen!

Am 28. Mai 2009 stellte DIE LINKE im Bundestag ein Paket von 17 Anträgen zur Abstimmung. Sie wollte erreichen, dass Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen der Rentenüberleitung für jetzige und künftige Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland endlich aus der Welt kommen. Gregor Gysi hält der Bundesregierung in seiner Rede vor, sie setze „auf die biologische Lösung: Sie wissen, dass jedes Jahr Betroffene sterben und es immer weniger werden, die einen Anspruch haben. Das ist überhaupt nicht hinzunehmen. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Ein weiteres Argument mag ich auch nicht, nämlich das, dass kein Geld da ist. In einer Woche können Sie 480 Milliarden Euro für die Banken bereitstellen, aber diese lächerlichen Beträge haben Sie nicht.“

Wie die Abgeordneten aller Parteien aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen abgestimmt haben, dokumentiert die Bundestagsfraktion auf einem Flugblatt, das unter anderem im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin erhältlich ist oder im Internet unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdf-downloads/7715911455.pdf>

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

DIE LINKE einen separaten Antrag gestellt. Sie wurden auch im Jahr 20 der deutschen Einheit samt und sonders abgelehnt: durch die CDU/CSU, durch die SPD und durch Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP enthielt sich bei der Abstimmung weitgehend. Nur DIE LINKE stimmte durchweg dafür. Da namentlich abgestimmt wurde, lässt sich im Protokoll nachvollziehen, wie die Mitglieder des Bundestages tatsächlich votiert haben.

war offenbar unabkömmlich und mithin bei der Plenardebatte über die Rentenansprüche abwesend. Dafür durfte der Sprecher der SPD-Fraktion generell frohe Botschaft verbreiten: Ein möglicher Stichtag zur endgültigen Angleichung (der Rentenberechnung Ost an das West-Niveau), so Klaas Hübner, könnte das Auslaufen des Solidarpaktes sein. Konkret und zum Mitrechnen: Das wäre 2019, also möglicherweise in zehn Jahren. So schnell kann es gehen.

